Posener Zeitung.

№ 175. Sonntag den 30. Juli. 1848.

Bekanntmachung.

Der Unterricht im hiesigen Königlichen Marien-Gymnasium wird Donnerstag den 3. August wieder beginnen. Indem wir dieses zur Kenntniß der betreffenden Eltern und Vormünder bringen, bemerken wir zugleich, daß das Schuljahr dieses Mal ausnahmsweise erst Ende Oktober schließen wird.

Posen, den 28. Juli 1848. Königliches Provinzial-Schul-Collegium
v. Beurmann.

Inland.

Berlin, den 28. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bei dem Staats-Ministerium angestellten Geheimen Kanzlei-Inspektor **Adler** den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; und den Geheimen expedirenden Sekretair im Post-Departement, Hofrath **Fischer** zum Geheimen Rechnungs-Rathe zu ernennen.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes, welche zwischen dem Ober-Befehlshaber der Deutschen Truppen in Schleswig und dem Dänischen Ober-Befehlshaber stattfanden, haben zu keinem Resultate geführt. Nachdem die Verhandlungen Dänischerseits am 24. d. M. abgebrochen worden, hat die einstweilen eingetretene Waffenruhe am Abend desselben Tages aufgehört.

Das unterzeichnete Ministerium setzt die Preußischen Rheder und den betheiligten Handelsstand von dieser Lage der Dinge hiermit in Kenntniß.

Berlin, den 27. Juli. 1848.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Berlin, den 27. Juli. Des Königs Majestät haben gestern in Sanssouci den Minister-Präsidenten **von Auerswald**, die Staats-Minister **Hansemann** und **Kühlwetter** empfangen und mit denselben gearbeitet.

Posen, den 29. Juli. *)

Im Alterthum galt das Einzelinteresse Nichts; das Staatswohl dominirte über Alles. Dem Mittelalter blieb es vorbehalten zu dieser Einseitigkeit das Gegenstück zu liefern, in ebenso überspannender Weise das Partikularinteresse zur Herrschaft zu bringen. In allen socialen Einrichtungen des Mittelalters drängte sich dies Princip einer schroff abgrenzenden Sonderung in Theile, die zunächst sich, sodann die ihnen nahe liegenden Forderungen anderer, anstoßender Theile, niemals aber das Ganze der Gesellschaft als einen einzigen Gesammtkörper im Auge hatten. Die organisirende, bindende Idee des Staates schien ganz abhanden gekommen zu sein; von der zur Schau getragenen Devise des „Jeder sich selbst der Nächste" zu dem umfassenden Gedanken einer gemeinsamen Wohlfahrt konnte der noch in abstrakten Gegensätzen sich tummelnde Menschengeist keinen vermittelnden Uebergang bewerkstelligen.

Ein Produkt dieses selbstsüchtig dem Einzelinteresse huldigenden Geistes, war das Zunftwesen, wie es im Mittelalter zur Ausbildung kam, und seither in mehreren Europäischen Staaten, wenn auch nur als eine vielfach rissig gewordene Ruine sich noch erhalten hat. In den größeren Städten vereinigten sich zu einer nicht mehr genau nachzuweisenden Zeit die einzelnen Handwerker, welche ein und dasselbe Gewerbe in gleichem Grade der Mittelmäßigkeit betrieben, und doch auf alle Fälle sich die Früchte ihrer mangelhaften Arbeit sicher stellen wollten, zu dem Zwecke, um die ihnen unbequeme Concurrenz anderer Bewerber entweder auszuschließen, oder wenigstens möglichst zu beschränken. Sie strebten dahin, sich als eine Macht gegen jede, ihrer bisherigen Gewohnheit gefährliche Neuerung hinzustellen, und wußten sich von der bereits anerkannten höheren politischen Autorität ein diese Gewalt bestätigendes Privilegium, ein Zunftprivilegium zu erwirken.

Vermöge desselben bildeten sie eine besondere Körperschaft mit eigenen, selbstgegebenen Gesetzen, die von selbsternannten Beamten gehandhabt wurden und keine Appellation an eine außerhalb der Zunft bestehende Autorität zuließen. Sie standen da als Staat im Staate, übten gegen die Genossen ein Besteuerungsrecht, erlangten so ihre eigenen Einkünfte, die in die gemeinsame Zunftlade flossen und von dieser zu den Zunftausgaben verwendet wurden. Auch für eine streng gegliederte Rangabstufung zwischen Meister, Geselle und Lehrling war gesorgt, und eben so wenig fehlte es an einem genau vorgeschriebenen diplomatischen Ceremoniell, das bei den Verhandlungen in inneren Angelegenheiten wie in den gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Zünfte unter einander zur Anwendung kam.

Das Princip aber, das alle Zunfteinrichtungen beseelte, war das der Stabilität; es sollte wo möglich auf ewig Alles bei dem Zustande verbleiben, worin sich das einzelne Gewerbe in dem Zunftbezirk bei Entstehung der Zunft befunden hatte, und zugleich sollte die selbstgefällige Meinung, welche die Genossenschaft von der Vortrefflichkeit dieser Zustände hegte, durch alle Mittel aufrecht erhalten werden. Zu diesem Zwecke durfte kein Meister nach einer anderen als der von der Zunft approbirten Methode seine Arbeiten anfertigen, keiner über die Leistung des andern sich tadelnd auslassen oder dessen Gesellen und Kunden durch Bewilligung größerer Vortheile an sich locken; ja zu nachdrücklicher Wahrung solcher gemächlicher Stillstandstendenzen trat dem lebhaften Unternehmungsgeiste an vielen Orten sogar eine Beschränkung in der Anzahl der anzunehmenden Gesellen und Lehrlinge entgegen. So ward einer lästigen Concurrenz innerhalb der Genossenschaft selbst gewehrt.

Von außerhalb ließ man keine Mitbewerber aufkommen, da nicht zünftige Verfertiger einer Zunftwaare als Bönhasen gesetzlicher Strafe unterlagen, und die einzelnen Zünfte unter sich in engherzigster Weise gegen einander abgegrenzt waren, so daß z. B. Sattler und Riemer, Schwarzbäcker und Weißbäcker, Hufschmiede und Sensenschmiede, Schuhmacher und Pantoffelmacher, in je zwei scharf gesonderte Zünfte zerfielen, deren keine in das Gebiet der andern sich Uebergriffe erlauben durfte.

Es blieb nur noch übrig den etwaigen Andrang neuerer Genossen und der daraus hervorgehenden Ueberfüllung der einzelnen Zunft selbst entgegenzuarbeiten. Das kürzeste war, der Zunft das Privilegium der Geschlossenheit zu erwerben, so daß in jeder Stadt nur eine gewisse Anzahl von Meistern desselben Gewerbes sich niederlassen durfte, und eine neue Ansiedelung nur bei Erledigung einer früher besetzten Stelle eintreten konnte. Allein die Privilegien-ertheilende Macht, war gerade mit Verleihung eines solchen die Concurrenz so sicher und rasch abschneidenden Vorrechts im Allgemeinen ziemlich sparsam, und die Zünfte mußten darauf denken, auf langsamere Weise dasselbe Ziel zu erreichen. Sie suchten durch schleppende, kostspielige Proceduren die Aufnahme neuer Mitglieder in die Genossenschaft zu erschweren.

Dem Umzug eines zünftigen Meisters von einem Orte zum andern legte man Hindernisse in den Weg. Das Meisterwerden der Gesellen war an die Bedingung einer vorangegangen bestimmten Zahl von Wanderjahren und einer demnächst abgelegten Probearbeit, des sogenannten Meisterstücks geknüpft. Aber da meistens der Geselle in der Wahl der Werkstätte und ebenso der Meister in der Zahl der anzustellenden Gehülfen beschränkt blieb, so war die Wanderschaft selbst sehr häufig nur ein Anlaß, das zu vergessen, was der Lehrling sich angeeignet hatte. Zudem wählte man das Meisterstück oft gerade von der Art, daß die kostspielige, zeitraubende Anfertigung desselben vor der Bewerbung um das Meisterrecht zurückschreckte, besonders da es bei vielen Gewerken in einem außergebräuchlichen und daher nicht verkäuflichen Objekte bestand, das die Auslagen nicht wiederzubringen versprach.

In gleicher Weise war man darauf bedacht, den Uebergang aus der Lehrlingschaft in den Gesellenstand zu behindern. Eine übermäßige, für alle Zöglinge ohne Rücksicht auf die individuelle Fassungskraft gleich lang vorgeschriebene Lehrzeit, während welcher der Lehrling den Hudeleien der Gesellen und der Launenhaftigkeit des Meisters wie der Meisterin ausgesetzt blieb, verscheuchte die Lust zum Handwerk; und selbst während dieser lang ausgezogenen Lehrzeit, erfuhr der Lehrling nicht Alles, was zum Gewerbe gehörte, da der Meister, welcher in jenem einen zukünftigen Mitbewerber zu fürchten hatte, oft aus manchen wesentlichen Punkten ein Geheimniß machte.

So war das Zunftwesen beschaffen; die Wirkungen desselben liegen klar zu Tage. Die Zwecke, welche man durch dieses Institut zu erzielen sich die Miene gab, wurden nicht erreicht. Die Erhaltung der ansässigen Meister in nahrhaftem Zustande war nur nach einer Seite hin gedeckt, insofern ihr nemlich von der Concurrenz des Angebots Gefahr drohete; dagegen konnte dem Verfall eines Gewerbes durch Abnahme des Begehrs nicht vorgebeugt werden, und so sind z. B. trotz aller Zünftigkeit die Perückenmacher, die Strumpfwirker, die Schwertfeger durch den Modewechsel und die damit zusammenhängende Geschmacksänderung halb zu Grunde gegangen.

Gemächliche Indolenz hintertrieb den Aufschwung und die Vervollkommnung der Gewerbe, und wen ein glücklicher Zufall auf eine namhafte Verbesserung geführt hatte, der hütete sich wohl, seinen Zunftkollegen oder seinen Zöglingen davon Mittheilung zu machen, so daß es auch mit dem zweiten vorgeschobenen Zwecke des Zunftwesens, mit der traditionellen Fortpflanzung der Geschicklichkeit nicht viel auf sich hat. Bei dem mit kleinlichen Mitteln gegen die freie Regung der Erwerbskraft systematisch geführten Kampfe konnte auch die Moralität des Handwerkstandes nicht unangetastet bleiben; Ränkesucht, Engherzigkeit, eitles, aufgeblasenes Wesen drängte sich überall durch; Zucht und Sitte reducirte sich auf eine ordonnanzmäßig festgestellte, ehrbare Pedanterie, die vor innerer Versumpfung und Durchhöhlung des Charakters keinen hinreichenden Schutz gewährte.

Nicht minder als der producirende Gewerbstand hatte die consumirende Menge durch das Zunftwesen zu leiden; die Schmälerung der Concurrenz bot den Zunftmeistern eine Art von Monopol, das sie auf Kosten des Publikums auszubeuten verstanden. Oft sogar verwandelte sich ein solches Quasi-Monopol in ein wirkliches, indem in einzelnen Zünften die Berechtigten unter sich Verabredungen trafen und der Reihe nach einem einzigen Mitgliede auf eine bestimmte Zeit die ausschließliche Ausübung der Befugniße überließen, ein Fall, der namentlich bei der Bäcker- und Brauerzunft häufig eintrat. Zugleich aber kam der Verlust des Consumenten nicht einmal dem Producenten zu Gute, da auch er alle seine Bedürfnisse, insofern sie Erzeugnisse eines zünftigen Gewerbes waren, zu höherem Preise erstehen mußte. (Schluß folgt.)

*) Der Frankfurter Gewerbecongreß und die dort verhandelte Frage über Zunftwesen und Gewerbefreiheit veranlaßt uns, unsere anderwärts ausgesprochenen Ansichten über denselben Gegenstand den Lesern dieser Zeitung mitzutheilen.

---

† **Posen**, den 20. Juli. Der hiesige Handwerker-Verein, der nächstens seine Gewerbe-Lotterie veranstaltet, hat die bis jetzt zu derselben eingegangenen Gegenstände im Lokale des Handelssaals öffentlich ausgestellt. Haben wir schon früher einmal der Regsamkeit und der Thätigkeit des Vereins unsere volle Anerkennung gezollt, so können wir diesmal ebenso dieser Ausstellung selbst nur lobend Erwähnung thun. Die meisten der ausgestellten Gegenstände bekunden die Tüchtigkeit ihrer Verfertiger, und der Beschauer wird Gelegenheit haben, von der Ausbildung und dem Fortschritt unseres Handwerkerstandes sich aufs Genügendste zu überzeugen. Sämmtliche Stücke sind übrigens, was der Ausschuß zur Bedingung der Aufnahme gemacht hat, in Posen gearbeitet. Der Verein verbindet mit der Ausstellung den Zweck, durch den Erlös notorisch dürftige Handwerker und zwar solche, deren Vermögensumstände die Betheiligung bei den Arbeiten nicht gestatteten, zu unterstützen. Indem wir die Förderung des Vereins unsern Lesern nochmals aufs Wärmste empfehlen wollen, sprechen wir die Erwartung aus, daß derselbe in seinem löblichen Streben fortfahren und die Hoffnungen verwirklichen wird, zu denen er seit seinem Entstehen berechtigt.

□ **Berlin**, den 27. Juli. In meinem vorletzten Schreiben habe ich über die in Folge des reichskriegsministeriellen Huldigungsbefehls hier hervorgetretenen Stimmung Nachricht gegeben. Ich muß heute auf denselben Gegenstand zurückkommen. Man konnte glauben, es werde nach Ueberwindung des ersten Eindrucks, nach Eintritt einer ruhigeren Betrachtung, eine ideale Resignation in die Gemüther kommen und den preußischen Patriotismus dem deutschen zum Opfer bringen. Dem ist aber nicht so. Die Entrüstung über die Frankfurter Forderung steigt, je näher der Huldigungstermin heranrückt, greift immer weiter und hat bereits die unterste Volksklasse erfaßt. Mit Erstaunen sieht man das lebhafteste Bewußtsein von einer großen Vergangenheit, gemischt mit den innigsten Empfindungen für das engere Vaterland in Sphären des Volkslebens hervortreten, wo man sie am wenigsten gesucht haben würde. „Sollen wir vom alten Fritz nicht mehr lesen?" hörte ich einen Mann im schlechten Rocke sagen und „Wer hat denn dem Napoleon den Weg gewiesen?" erwiederte ein Anderer. Höchst bezeichnend für die gegenseitige Durchdringung dieser Gefühle und der von der Revolution herstammenden Ansichten im Volk ist die Aeußerung, die heute ein Handwerker gegen mich gethan hat: „Diese Huldigung," sagte er, „geht auf unsere Knechtung los; der Verweser und der König spielen *eine* Karte; aber jetzt kann's dem König nur wohl gehen, wenn er mit dem Volke steht und wir wollen diese Huldigung nun einmal nicht!" Im Militair hat besonders jene Anordnung große Aufregung hervorgebracht und man versichert mir von vielen Seiten, daß, wenn Anstalten gemacht werden sollten, jenen Befehl zu vollziehen, Unruhen und Widersetzlichkeiten nicht ausbleiben würden. Als eine betrübende Erscheinung muß ich überdies erwähnen, daß hier von manchem Hute die deutsche Kokarde bereits verschwunden ist und man hie und da vorwurfsvollen Bemerkungen ausgesetzt ist, wenn man sie trägt. Ziehen Sie hieraus nicht die Folgerung, daß eine undeutsche, der langersehnten Kräftigung Deutschlands feindliche Gesinnung hier Platz gegriffen; aber man will hier nur in *freier* Widmung dem Gesammtvaterlande dienen und meint dies nicht mit Unrecht um so wirksamer zu können, je ungeschwächter Preußens Macht erhalten wird. Leider fängt man aber an zu glauben, daß in Frankfurt der Wunsch, Preußen zu erniedrigen, den, Deutschland zu erheben, bei Weitem überwiege. Ganz laut hat ein hier auf Urlaub befindlicher Frankfurter Deputirter erzählt, wie er, gleich allen übrigen preußischen Abgeordneten durch die in Rede stehende Bekanntmachung des Reichskriegsministeriums betroffen, von *Peucker* nähere Auskunft gefordert und sie dahin lautend erhalten habe: das Verlangen des Reichsverwesers sei anfänglich auf die Leistung eines förmlichen „*Huldigungseides*" gegangen und nur da Peucker, wenn hierauf bestanden würde, seine Demission verlangt, sei die mildere (freilich aber dasselbe sagende) Fassung beliebt worden. — Jedenfalls hegt man hier die Ueberzeugung, daß die Huldigung von den preußischen Truppen entweder gar nicht, oder nur mit ausdrücklichen Vorbehalten vollzogen werden wird. (?) Ueberdies erwartet man in den nächsten Tagen, sei's in der Kammer oder in den Zeitungen, eine entschiedene Erklärung unseres Ministeriums. (Eine beruhigende Erklärung ist erfolgt.) [Red.]

In der Sitzung des konstitutionellen Congresses in Berlin am 23. Juli wurde die Organisationsfrage berathen; das Statut der Verbindung, in welche die Clubs treten wollen, ward berathen. Man kam bis zu §. 8. Die Paragraphen lauten: §. 1. Die konstitutionellen Vereine Deutschlands, welche die Monarchie mit konsequenter Durchführung demokratischer Grundsätze im Staats- und Gemeindeleben bezwecken, vereinigen sich zu gemeinsamem Wirken. §. 2. Sie gliedern sich zu diesem Zweck nach Ländern oder Landestheilen in besondere Kreisvereine. §. 3. Jeder Kreisverein steht unter Leitung eines Vorortes. §. 4. Die Leitung besteht in äußerer Handhabung der Geschäftsordnung. §. 5. Die Kreisvereine treten zu einem Deutschen Hauptvereine zusammen und übergeben einem auf je ein Jahr gewählten Vorort die Geschäftsführung. §. 6. Dem Vorort wird die Wahl eines geschäftsführenden Ausschusses überlassen. §. 7. Alljährlich hat der leitende Ausschuß eine Hauptversammlung anzuberaumen und außerdem außerordentliche Versammlungen, wenn mindestens fünf Kreisvereine darauf antragen. Häufung mehrer Stimmen auf Einen Deputirten darf bei dieser Beschickung nicht stattfinden. Von mehren Deputirten Eines Clubs kann jeder derselben zum Bevollmächtigten eines fremden Clubs ernannt werden. §. 8. An den Ausschuß senden die Kreisvereine ihre Berichte und zwar: 1) über ihre Thätigkeit, von Zeit zu Zeit; 2) Anträge zu gemeinsamen Schritten, welche durch den Ausschuß sämmtlichen Kreisvereinen zur Berathung und beziehungsweise Beschlußnahme mitgetheilt werden.

— In der Sitzung am 24. Juli wurden bei der fortgesetzten Berathung über das Vereinsstatut noch folgende Paragraphen angenommen: §. 9. Die Abstimmung im Congreß erfolgt nach Köpfen, dagegen nach Clubs, wenn drei Clubs darauf antragen. Bei der Abstimmung nach Clubs hat jeder Club eine Stimme. §. 10. Jedes Mitglied der zum Centralverein zusammengetretenen Clubs ist bei allen andern Clubs als mitredend aufzutreten befugt, nicht aber als mitstimmend. §. 11. Die Wirksamkeit der Clubs zur Verbreitung ihrer Tendenzen wird sich zwar nach örtlichen Verhältnissen richten müssen, indeß erscheinen folgende Mittel als die geeignetsten: a) Volksversammlungen; b) Anregung zur Gründung von kleinen Clubs im Gebiete der Kreisvereine, besonders auf dem Lande; c) populaire Darstellung ihrer Principien und der Zeitereignisse im Sinne der Clubs durch die Presse; d) Errichtung eines Centralblattes. Die konstitutionelle Clubzeitung wird vorläufig als Centralblatt angenommen; e) eine möglichste Einwirkung auf die Tagespresse durch Zeitungsartikel und Flugschriften; f) Mittheilung solcher Zeitungsartikel und Flugblätter zur beliebigen Vervielfältigung an alle Clubs des Centralvereins; g) Mittheilung über reaktionaire und anarchische Bestrebungen und Berichtigung solcher Gerüchte von Provinz zu Provinz; h) Einwirkung auf Errichtung solcher Bezirksvereine, welche die socialen Zustände und ihre Verbesserung ins Auge fassen. §. 12. Alle Mittheilungen erhält der Centralverein frankirt und entsendet sie unfrankirt. §. 13. Außerdem ist eine Centralkasse erforderlich, die vorläufig durch Einzahlung eines Thalers von jedem der verbündeten Clubs gebildet und über deren Ergänzung nach abgestattetem Kassenbericht weitere Beschlüsse vorbehalten bleiben

— Schließlich wurde das Programm im Ganzen angenommen, Berlin zum Vorort und der dortige konstitutionelle Club zum Kreisverein gewählt.

Breslau, den 25. Juli. Am 23sten erschien hier der Polizei-Commissar v. Zenner in dem Wernitzeschen Kaffeehause, wo sich die Mitglieder des neu constituirten Vereins, Germania, zusammengefunden hatten, und erkundigte sich nach den Prinzipien und Verhältnissen des Vereins. Auf die Frage des Präsidenten, ob er als Gast oder Polizeibeamter erscheine, erklärte Herr v. Z. das letztere und fügte hinzu, daß er dazu beauftragt sei, so daß also dieser Verein unter polizeiliche Aufsicht gestellt zu sein scheint.

Stettin, den 26. Juli. Am 24sten fand hier eine von Herrn v. Bülow-Cummerow veranlaßte Gutsbesitzer-Versammlung statt. Es wurden drei Adressen, an die National-Versammlung, an das Ministerium und an den König angenommen, die letztere aber nur von einem Theil der Versammlung unterschrieben; auch wurden Abgeordnete gewählt, um die Adressen zu überbringen und in Berlin eine permanente Commission zu bilden. Gegenstand der Adresse ist die Reklamation gegen die von der Gesetzgebung beabsichtigte, gleichmäßige Vertheilung der Grundsteuer, also auch Belastung der bisher grundsteuerfreien Güter, ferner gegen die Erhöhung der Maisch- und Branntweinsteuer um 50 pCt. und die bereits eingeführte Erhöhung der Rübenzuckersteuer, endlich gegen die von Herrn v. Patow vorgeschlagene Ablösung der Renten.

— Der Pfarrer Stosch in Kremmin hatte am letzten Sonntag, nach Rücksprache mit seiner Gemeinde, für die Wahl und Anerkennung des Reichsverwesers einen Dankgottesdienst veranstaltet. Bemerkenswerth ist es, daß der erste Gottesdienst dieser Art in Pommern abgehalten wurde.

Frankfurt, den 23. Juli. Während *Lamartine* durch Protestation gegen die Einverleibung Posens in den Deutschen Bund seine Sympathie mit den Polen an den Tag gelegt, hat *Cavaignac* in sehr freundlichem Schreiben die Deutschen Regierungen ersucht, keine Polen mehr nach Frankreich durchzulassen, um in Paris die Elemente neuer Unruhen nicht zu vermehren. Die morgen zu verhandelnde Polenfrage ist somit keine Kriegsfrage. (D.-Z.)

Frankfurt a. M., den 26. Juli. Die O. P. A. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „General Wrangel hat an den Erzherzog-Reichsverweser berichtet, daß er mit den Dänen noch keinen Waffenstillstand abgeschlossen habe, sondern daß nur vorläufige Verabredungen stattfanden, und daß er keinen Waffenstillstand abschließen werde, der nicht der Ehre Deutschlands vollkommen entspräche, und bei welchem er nicht mit Sicherheit hoffen könnte, daß derselbe die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers erhalten würde. Der Kriegs-Minister hat hierüber den General Wrangel eventuell aufgefordert, zu berichten, welche Zahl von Truppen er benöthige, um den Krieg mit Dänemark schnell und siegreich zu Ende zu führen. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß, falls kein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, die zur kräftigen Fortsetzung des Krieges erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell als möglich zugeführt werden. Der Königlich Sardinische Gesandte, Marquis von Pallavicini, hat in Folge der von der Deutschen Bundes-Versammlung gegen die Blokade von Triest gerichteten Vorstellung angezeigt, daß sein König die Aufhebung dieser Blokade verfügt habe. Da jedoch aus einem von dem Kaiserl. Oesterreichischen Gouverneur zu Triest, Grafen Salm, an das Reichs-Ministerium erstatteten Berichte und aus der damit eingesendeten Kundmachung des Befehlshabers des Sardinischen Blokade-Geschwaders hervorging, daß die Aufhebung der Blokade nur unter solchen Bedingungen erfolgt sei, die mannigfache Plackereien der ein- und auslaufenden Schiffe nach sich ziehen und den freien Handel ungemein beschränken, so fand sich der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt, eine energische Note an den Königl. Sardinischen Gesandten zu richten und im Namen Deutschlands die schleunige Zurücknahme jener Maßregeln, wodurch die Aufhebung der Blokade nur illusorisch wurde, zu fordern. Der Minister suchte der Königl. Sardinischen Regierung bemerklich zu machen, daß der Sinn für Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit in allen Theilen des Vaterlandes so rege sei, daß das Ministerium bei allen zur Wahrung derselben erforderlichen Schritten auf die volle Zustimmung und Mitwirkung des ganzen Deutschen Volkes zählen könne."

— *46ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung am 24. Juli.* Die Sitzung wurde um $9\frac{1}{2}$ Uhr von dem Präsidenten von Gagern eröffnet. Nach einem fünften Verzeichniß der Beiträge zum Flottenbau sind bis zum 22. Juli 27,752 Fl. 47 Kr. eingegangen, also seit dem 17. Juli 6526 Fl. 18 Kr., darunter aus Stuttgart ein Kistchen mit Ringen, Armspangen x., im Werthe von 292 Fl. Die Besitzer x. von Audenschmiede und anderen Hütten in Nassau und den angrenzenden Preußischen Theilen haben Bauholz, Eisen x., zum Werthe von 50,000 Fl. zur Verfügung gestellt. Der freiwillige Arbeiter-Verein hat 25,000 Fl. zusammengebracht. Schleswigsche Gutsbesitzer haben den Bau von vier Kanonenböten begonnen. In Kiel ist eine Seeoffiziersschule errichtet. Die von *Francke* am 17. Juli gestellte Interpellation betreff des Waffenstillstandes mit Dänemark beantwortet der Reichsminister v. *Schmer-*

ling im Sinne der obenstehenden amtlichen Mittheilung; ebenso über die Lage von Triest. Die darauf folgende Berathung über die Posener Frage haben wir bereits in der gestrigen Nummer mitgetheilt.

Meiningen, den 18. Juli. Unser Herzog hat eine Proklamation erlassen, in der es heißt: „Es muß allen Deutschen und daher auch uns eine Pflicht sein, dem neu konstituirten Reichsregimente, in Anerkennung seiner im Gesetz beruhenden oberhoheitlichen Macht, überall zur Lösung seiner so schwierigen als großen Aufgabe einen stets bereiten und nach Vermögen kräftigen Beistand zu leisten."

Aus Schwaben, den 23. Juli. Das Gerücht von der Absicht des Königs von Württemberg, die Krone niederzulegen, findet in immer größern Kreisen Glauben. Auch scheint die gänzliche politische Zurückgezogenheit, worin sich der König seit dem neuen Umschwunge der Dinge befindet, dieser Vermuthung mehr und mehr Grund zu geben. Viele meinen, eben dieser Umschwung der Dinge im laufenden Jahre habe das Gemüth des Königs so umdüstert, daß er jetzt an jedem wahrhaft segensreichen Wirken eines Deutschen Fürsten verzweifle. Dies scheint mir übertrieben, die Mißstimmung scheint mir von zu neuer Zeit datirt. Am härtesten, dies wissen Alle, welche ihm nahe stehen, hat ihn der Aufstand zu Stuttgart im Mai des vorigen Jahres über seine persönliche Stellung zur Stimmung des Landes, zu „seinen Württembergern" enttäuscht. (D. A. Z.)

Mainz, den 21. Juli. Von Darmstadt trifft die Nachricht ein, daß unsere Staatsregierung die lange schon gewünschte Auflösung der beiden Ständekammern verfügt hat. Dieser Akt, mit welchem Herr Jaup seine ministerielle Wirksamkeit beginnt, wird im Lande überall mit Beifall begrüßt werden.

Koburg, den 20. Juli. In einer gestern Abend abgehaltenen sehr zahlreichen Versammlung des neu begründeten Bürgervereins wurde die Thüringische Frage zum ersten Mal zur Besprechung gebracht und nach lebhaften Diskussionen sogleich dahin erledigt, daß eine sofort erwählte Deputation von 5 Bürgern dem Herzog mündlich und schriftlich erklären solle: Das Herzogthum Koburg würde zwar alle zu verlangenden Opfer bringen, wenn es dem ganzen Vaterlande gelte; aber zu Gunsten einer älteren Duodez-Fürstenlinie (Weimar) die eigene Selbstständigkeit aufzugeben und sich zur Gründung eines neuen Duodez-Königthums herzugeben, sei es durchaus nicht gewillt, und der Herzog werde dringend gebeten, sich in Verhandlungen über diesen Gegenstand gar nicht einzulassen. Dies Letztere bezieht sich darauf, daß am 22. d. in Gotha eine Ministerkonferenz den berührten Punkt verhandeln soll.

Karlsruhe, den 24. Juli. Eine landesherrliche Verordnung vom 22. Juli verfügt die Aufhebung der demokratischen Vereine in Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Lörrach, die mit dem ausgesprochenen Zweck der Erringung einer demokratischen Republik den Beschlüssen des Frankfurter „Congresses von Abgeordneten demokratischer Vereine" beigetreten waren.

Hannover, den 25. Juli. Die heutige Hannoversche Zeitung enthält eine Bekanntmachung des Königlichen Gesammt-Ministeriums, in welcher die Gründung einer provisorischen Centralgewalt und den Uebertrag von derselben an den Erzherzog Johann von Oesterreich als ein von der Deutschen Regierungen mit vollem Beifall aufgenommenes, höchst erfreuliches Ereigniß und zugleich der vom Reichsverweser unter dem 15. d. M. erlassene Aufruf an das Deutsche Volk auf Ersuchen des Reichsministers des Innern bekannt gemacht wird.

Altona, den 26. Juli. Eine von der provisorischen Regierung erlassene Verfügung, die Freiheit der Presse betreffend, lautet also: Nachdem die vereinigte Schleswig-Holsteinische Ständeversammlung der am 25. März d. J. erlassenen provisorischen Verfügung, die Freiheit der Presse betreffend, ihre Zustimmung ertheilt hat und diese Verfügung demnach als eine definitive erlassen ist: so wird hiemittelst verordnet, wie folgt: §. 1. Die Presse ist völlig frei. §. 2. Zur Herausgabe einer periodischen Schrift bedarf es fortan keiner Koncession. §. 3. Die an einigen Orten statthabenden Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme von Intelligenz-Nachrichten bleiben bis weiter bestehen. §. 4. Ueber Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, wird durch die ordentlichen Gerichte nach den allgemeinen Gesetzen entschieden. §. 5. Alle älteren Verfügungen über Censur und Beschränkungen der Preßfreiheit sind hiemit aufgehoben. Rendsburg, den 24. Juli 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. J. Bremer. Th. Olshausen. S. A Jacobsen.

Altona, den 26. Juli. Die ganze unterhandelnde Diplomatie hat sich von Malmö an die deutsch-dänische Grenze zwischen die beiden Hauptquartiere gezogen. Der dän. Kammerherr Reedz, der dän. Gen. Orholm, der engl. Gesandte Wynn, der schwedische Gesandte Lagerhjelm, der dän. Gen. Hedemann, der Graf Pourtales, der Gen. Oriola und der Gen. Graf Münster, die letzteren drei von dem Gen. v. Wrangel bevollmächtigt. Ueber den Erfolg der Verhandlungen weiß man nichts. Die Berlinische Zeitung wollte wissen, daß der Waffenstillstand nicht zum Abschluß gelangt sei, und in Rendsburg hieß es gestern Vormittag ebenfalls, daß Dänemark die Waffenstillstands-Unterhandlungen abgebrochen, und der Prinz Friedrich von Noer seine Entlassung als Ober-Befehlshaber der schleswig holsteinschen Truppen eingereicht habe. Die große Kauffahrtheiflotte von etwa 400 Schiffen, welche auf der Rhede von Helsingör sich angesammelt hatte, war am 19. unter Segel gegangen.

Eckernförde, den 21. Juli. Die provisorische Regierung in Rendsburg läßt so eben ein Cirkular durchs Land gehen, worin sie kund thut, daß sie zwischen der Ostsee und Nordsee einen Kanal zu bauen beabsichtigt, mittelst dessen man den Sund umgehen kann. Derselbe soll vom hiesigen Meereshafen aus nach Brunsbüttel auf der Strecke von Eckernförde bis Schirnau und Steinwehr in die Nordsee geführt werden. Der Plan ist schon so weit reif, daß Ingenieure und Arbeiter des Landes in dem Rundschreiben aufgefordert werden, sich zu diesem Unternehmen zu melden.

Wien, den 26. Juli. (Zweite Sitzung der constituirenden Reichsversammlung am 25. Juli.) Nachdem mehrere Anfragen an die Minister gestellt worden waren, erwähnt Klaudy (Böhmen): Die Böhmen sehnen sich nach dem constitutionellen Normal-Zustande, die Nationalgarde sei allenthalben entwaffnet, die Privatwaffen den Besitzern weggenommen, in Prag sowie in den Landstädten bestünden statt den competenten Behörden Kriegsgerüchte. — Die Studenten werden, dem Ministerialerlasse entgegen, zum Militair abgestellt. Der Minister des Innern versichert, es wären alle Anstalten zur Herstellung des constitutionellen Normalzustandes getroffen. Der Justizminister Dr. Bach: Insoweit als ihn die Interpellation als Justizminister betreffe, müßte er sagen, daß er mit den übrigen Mitgliedern des Ministerrathes gleich bei dem Antritte seines Amtes es für seine heiligste Pflicht gehalten, sich genau über die Böhmischen Begebenheiten zu unterrichten. Er habe ferner gleich im Ministerrathe den Antrag gestellt, alle Ausnahmsgesetze dort aufzuheben; der Antrag sei auch sogleich nach Prag erlassen worden. Wir geben Ihnen, bemerkte er am Schlusse, die feierliche Versicherung, die politische Seite dieser Frage wohl ins Auge zu fassen und uns zu bemühen, überall und Jedem sein Recht zu wahren (Beifall); wir werden uns daher auch hüten, das Beispiel nachzuahmen, welches durch die monströsen politischen Tendenzprozesse zwei edle Nationen zur Losreißung zwang (Beifall.) Die erwähnte Untersuchung werde jedenfalls in neuem Geiste, öffentlich und mittelst Geschwornen geführt werden (anhaltender lebhafter Beifall.) Löhner macht den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Berichterstatter der Wahlactenprüfungsabtheilungen referiren über die geprüften Wahlen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 24. Juli In der heutigen Sitzung der National-Versammlung erschien Armand Marrast zum erstenmal nach seiner Wahl auf dem Präsidentenstuhl und dankte für die ihm erwiesene Ehre, indem er sich zugleich die ihm als Präsidenten obliegenden Pflichten vergegenwärtigte und die Versammlung ersuchte, ihn bei deren Ausübung zu unterstützen. General Cavaignac nahm hierauf das Wort und sagte: „Vor wenigen Tagen erwies die National-Versammlung einem unserer Kollegen, dem ehrenwerthen Bürger Dorné, die letzten Pflichten. Ich schlage Ihnen nun vor, das Schicksal seiner Familie zu sichern und seiner Wittwe eine Pension von 3000 Fr. zu bewilligen und die Pension, welche die Mutter unseres verstorbenen Kollegen als Wittwe eines Generals bezog, auf ihre Tochter zu übertragen." Die Versammlung trat diesem Vorschlage bei. Sodann erstattete Herr Germain Bericht über die fast einstimmige Wahl Louis Bonaparte's für Korsika und trug auf Bestätigung derselben an. Der Präsident verlas aber ein Schreiben Louis Bonaparte's, worin dieser, da die Gründe noch vorhanden seien, die ihn im Juni zur Verzichtleistung bestimmt, auch auf diese neue Wahl verzichtet, aber zugleich die Hoffnung ausspricht, daß die Zeit kommen werde, wo er seinem Vaterlande werde dienen und nach Frankreich zurückkehren können. An der Tages-Ordnung war die Diskussion des Anleihe-Gesetzentwurfs, dessen Artikel sämmtlich angenommen wurden. Der Finanz-Minister erklärte zugleich, daß für die Zukunft wohl noch eine neue Anleihe nöthig werden könnte, und zeigte der Versammlung an, daß er unter der Bedingung, die Salz- und Getränk-Steuer bestehen zu lassen, ein Anleihe-Anerbieten zu 75 Fr. 25 Cent. erhalten habe. Auch diese Bedingung wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Endlich wurde noch ein Dekret-Entwurf angenommen, wonach die in den Juni-Tagen verwundeten Mobilgardisten im Invalidenhause Aufnahme finden sollen.

— Der Prozeß Mortier's ist in erster Instanz entschieden. Die erste Kammer des Pariser Civil-Tribunals hat vorgestern unter Debelleyme's Vorsitz den Grafen für unfähig erklärt, sowohl über seine Person, wie über sein Eigenthum, zu verfügen.

— Mehrere Oberoffiziere aus den Geniecorps haben die Erlaubniß verlangt und erhalten, in der Armee des Königs von Sardinien Dienst zu nehmen. Auch soll, wie versichert wird, eine Anzahl Schiffe dazu bestimmt sein, eine „Station des adriatischen Meeres" zu bilden.

Großbritannien.

London, den 23. Juli. Die von Lord John Russell in der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Unterhauses eingebrachte Bill zur Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte in Irland ist mit fast an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen worden. Nachdem der Premierminister seinen Antrag motivirt hatte, tadelte Feargus O'Connor die Regierung, daß sie zu Zwangsmaßregeln Zuflucht nehme, bevor sie nur versucht habe, den Uebelständen abzuhelfen, worüber die Irländer mit vollem Rechte klagten. Den Beschwerden Irlands könne nur durch gänzliche Trennung beider Länder abgeholfen werden (heftige Unterbrechung); die Trennung allein könne Irland noch England bewahren. (Oh! Oh!) Wäre Sir R. Peel am Ruder, so würde er vom Hause keine Suspension der verfassungsmäßigen Bürgschaften verlangen; Peel sei nach der Ueberzeugung des ganzen irländischen Volkes der einzige Mann, welcher das Land regieren könne. Unmittelbar darauf erhob sich Sir R. Peel: „Ich gebe der vorgeschlagenen Maßregel meine völlige Billigung und ohne irgend einen Vorbehalt. Ich will, daß meine Billigung vollständig sei, weil ich die Regierung gegen die Bestrebungen der Verschwörer kräftigen will. Ich will dem Bestehen der Klubs im Schoße der Hauptstadt von Irland ein Ziel setzen. Ohne Zögern muß gehandelt werden, und ich meines Theils willige ein, daß man alle gewöhnlichen Regeln beseitige, damit die Bill sofort angenommen werden kann. Ich wollte nicht von Vorgängen in anderen Ländern reden, aber da man das Beispiel anderer Nationen als einen Grund

aufstellt, auf Fortbestehen der Monarchie in unserem Lande zu verzichten, so muß ich, im Hinblicke auf Frankreichs Lage vor und seit dem Februar, geradezu erklären, daß die Erfahrung der letzten 6 Monate, weit entfernt, meine Ansicht von den Vortheilen der monarchischen Regierungsform zu erschüttern, vielmehr die Ueberzeugung in mir befestigt hat, daß die englische Monarchie fester steht, als je, und daß sie aus vielen Gründen jetzt mehr als je ein Anrecht auf die Ergebenheit und Anhänglichkeit der Nation hat (donnernder Beifall)." Herr Crawford schlug als Amendement den Zusatz vor, daß die jetzige Lage Irlands das Ergebniß schlechter Verwaltung und der Nichtergreifung geeigneter Maßregeln zur Verbesserung der Lage des Volkes sei, und daß ohne diese Maßregeln alle Strenge wirkungslos bleiben werde. Das Haus verwarf das Crawfordsche Amendement mit 271 gegen 8 Stimmen und genehmigte nach drei Vorlesungen definitiv die Bill, welche bis zum 1. März 1849 in Kraft bleiben wird und sofort an das Oberhaus überwiesen wurde.

— Italienischen Journalen zufolge wäre der schnelle Rückgang der Oesterreicher von Ferrara durch die Nachricht veranlaßt worden, daß ein Corps Piemontesen von Modena anrückte. Ja, General Bava soll mit diesen Piemontesen die zurückgehenden Oesterreicher am Po eingeholt, und sie mit Zurücklassung ihrer Kanonen und ihres Gepäcks geschlagen haben. Ein weiterer Bericht will sogar wissen, daß auch die Citadelle von Ferrara in die Hände der Sieger gefallen sei. Doch begleiteten die Turiner Blätter selbst diese Notiz mit einem Fragezeichen. Mantua ist, diesen Journalen zufolge, von 27,000 Mann blokirt, worunter 9000 Lombarden, 3000 Freiwillige, die übrigen Piemontesen. Eine Abtheilung von 500 Mann Croaten soll gefangen sein.

— Nach Berichten aus Dublin vom 21. hat der Lordkanzler den Entschluß gefaßt, den Mayor von Kilkenny, Thomas Hurt, so wie den D. Kane und drei andere Magistratsbeamte wegen ihrer Theilnahme an dem aufrührerischen Treiben aus der Beamtenklasse auszustoßen. Der „Dublin Evening Herald" berichtet über ein in Dublin gebildetes Complott zu einem umfassenden Aufstande. Ueberall in der Stadt sollten gleichzeitig Barrikaden errichtet werden. Aus den Provinzen erfährt man, daß die katholische Geistlichkeit aller Orten von der Betheiligung am Aufstande dringend abräth.

— Auf die erhaltene Nachricht, daß 8000 Gesinnungsgenossen der irischen Repealer in Liverpool bewaffnet seien und nur des Aufstandes in Irland harrten, um zu Brand und Plünderung zu schreiten, beriefen die städtischen Behörden dieser Stadt vorgestern Abend eine Versammlung aller friedlichen Einwohner, worin für jeden etwa eintretenden Fall alle Vorkehrungen getroffen wurden. Zahlreiche Truppen sind in Liverpool angelangt.

— Der Lordstatthalter hielt heute eine abermalige Geheimerathssitzung, worin beschlossen wurde, noch folgende Bezirke zu proklamiren, d. h. sie vom 25. an unter die Wirkung der Acte zur Unterdrückung von Verbrechen zu stellen: Grafschaft Kilkenny; Grafschaft der Stadt Kilkenny; Grafschaft Meath; drei Baronieen der Grafschaft Waterford; zwölf Baronieen der Grafschaft Cork.

Spanien.

Madrid, den 16. Juli. Ein Bulletin aus Tolosa zeigt an, daß die Banden, welche unter den Befehlen Zubiris, Itzarbe's, Zumaqueguys und Solos standen, sich wieder nach Frankreich zurückgezogen haben. Sie sind entwaffnet und in das Innere des Landes gebracht worden. — Einige Trümmer der Bande von Peco in Estremadura haben sich nach den Sierras gezogen, welche nach der Provinz Ciudad Real führen. — Die Königin hat den Personen, welche bei den letzten Unruhen von Valencia und Alicante kompromittirt waren, Amnestie ertheilt. Nur 3 Rädelsführer sind ausgenommen. — General Oribe soll abgesetzt werden. Man beschuldigt ihn Salamanca's Flucht s. Z. begünstigt zu haben. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so würde wahrscheinlich auch General Cordova seinen Abschied verlangen.

Madrid, den 18. Juli. Die offizielle Gaceta bringt ein Siegesbülletin, laut welchem der Brigadegeneral Garcia Paredes nach 2½stündigem Kampfe die carlistischen Führer Forcadel, Margorett, Borges 2c. aufrieb. Das Bülletin ist vom General-Capitain von Catalonien unterzeichnet. — In Pampeluna ist das Erschießen im besten Gange. Jeder Insurgent, der mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, wird ohne Weiteres erschossen.

— Dr. Sanchez ist aus La Granja zurückgekehrt. Er hat von der Königin, deren erster Leibarzt er ist, Befehl erhalten, sich nach Sevilla zu begeben, um der Niederkunft der Herzogin von Montpensier beizuwohnen.

— Cabrera hatte am 15. Juli sein Hauptquartier in Gombren aufgeschlagen und schien (wie die Französischen legitimistischen Blätter behaupten) keineswegs so vernichtet, als es die offiziellen Bülletins glauben machen. Er hat sogar eine Proklamation an die Soldaten der Königin Isabella gerichtet, welche die Pariser Union monarchique in ihrer Nummer vom 23. Juli mittheilt und wörtlich mitgetheilt zu werden verdient. Nachdem er die jetzige Regierung als erbärmlich geschildert, schließt er: „Spanier! Stoßet diese entwürdigende Vormundschaft zurück. Die Stunde der Regeneration Spaniens hat geschlagen 2c. 2c. Es lebe der König Carl Louis!"

— Dem bayonner „International" wird unterm 17. Juli von der catalonischen Gränze geschrieben, daß Cabrera am 11. unweit Berga mit 800 Mann eine Abtheilung von 300 Königl. Soldaten unter Paredes angriff, jedoch nach zweistündigem lebhaftem Feuern mit Verlust von 12 Todten, 20 Verwundeten und einigen Gefangenen die Flucht ergreifen mußte. Tags darauf stand Cabrera mit 250 Mann in den Wäldern von Postella. Der „International" fügt bei, daß trotz dieser Schlappe der Aufstand in Catalonien täglich mehr um sich greife und über 3000 Bewaffnete zur Verfügung habe.

Schweiz.

Aus der östlichen Schweiz, den 21. Juli. Der zürcherische Gr. Rath hat heute einmüthig beschlossen, den Bundesentwurf anzunehmen und, unter lebhafter Empfehung desselben, der Volksabstimmung zu unterwerfen. Da Bern vorgestern ebenfalls mit 166 gegen 13 Stimmen angenommen hat, so sind wohl alle Hindernisse, die bis jetzt noch der neuen Bundesverfassung im Wege standen, hinweggeräumt.

Italien.

Neapel. Der am 13ten von Messina abgegangene französische Dampfer Sesostris hat die Nachricht gebracht, daß der Aufstand in Calabrien gänzlich unterdrückt ist und daß der König von Neapel jetzt eine Expedition von 20,000 Mann gegen Sizilien ausrüstet. Man erwartet eine russische Flotte im Mittelmeere, die jede Einmischung Frankreichs oder Englands in den Kampf zwischen Neapel und Sicilien verhindern soll.

Aus Ferrara. Am 15. d. Morgens hat die österr. Armee Ferrara wieder verlassen und sich über den Po nach dem Venetianischen in Marsch gesetzt. Ihr Zweck war lediglich, die Besatzung von Ferrara mit Proviant zu versorgen, was ihr auch bei der Bereitwilligkeit der Bewohner unserer Stadt vollkommen gelungen ist. Die Vermuthung, daß die Oesterreichische Armee weiter in Italien eindringen werde, zeigt sich völlig unbegründet.

Rußland.

Petersburg, den 19. Juli. Der Kaiser hat eine neue Verordnung über den Besuch der Kaiserl. Bibliothek auf drei Jahre bewilligt. Die Bibliothek wird nur ein Mal in der Woche, des Dienstags auf 3 Stunden für den Besuch geöffnet, mit Ausnahme des Juli, wo sie gar nicht geöffnet wird. Außerdem wird aber für Leser die Bibliothek alle Tage, auch Sonn- und Festtage von 10 Uhr früh bis 9 Uhr Abends, aber im Winter bis Sonnenuntergang zugänglich sein.

— Am 16. erkrankten hier 386 Menschen an der Cholera, genasen 264 und starben 227. Am 17. erkrankten 394, genasen 203 und starben 219. In der Behandlung blieben 3710. Am 16. starb hier auch der Gen.-Maj. Schmidt. In Moskau erkrankten am 9. Juli 316 und starben 128. Am 10. erkrankten 344 und starben 161. In der Behandlung blieben 2417. (In Riga erkrankten am 19. Juli 128 Menschen an der Cholera, genasen 7 und starben 62. Am 20. erkrankten 261, genasen 72 und starben 84. Krank blieben 478, darunter 137 in der Besserung.)

— In Liteps ist ein Bürger, M. Girosdew, 114 Jahr alt, gestorben; er war niemals vorher krank gewesen.

Berichtigung. — Die gestern um 10 Uhr ausgegebene zweite Beilage trägt irrthümlich die No. 172. vom 27sten Juli statt No. 174. vom 29sten Juli.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Aufruf

an alle Preußen, denen das Wohl ihres Vaterlandes wahrhaft am Herzen liegt.

Die wühlerischen Bestrebungen der unserm Vaterlande, Preußen, feindlichen Parteien des In- und Auslandes drohen je mehr und mehr unser theures Vaterland dem größten Verderben Preis zu geben; es ist daher die erste, die heiligste Pflicht eines jeden Preußen, dem das Wohl seines Königs und Vaterlandes, und eine ebenso glorreiche Zukunft seiner Nachkommen vor allen andern Gütern am Herzen liegt, mit aller Kraft, die die Liebe zum Vaterlande erzeugt, auch seines Theils diesen Feinden entgegen zu treten. In allen Provinzen haben sich bereits patriotische Vereine gebildet, welche danach streben, Preußen die Macht und das Ansehen zu wahren, in der es allen andern Deutschen Ländern voranleuchtet, und unsern Feinden in Wort, Schrift und That einen ehernen Damm entgegenzusetzen. Darum auf! Freunde! Brüder unsers geliebten Vaterlandes, auf Alle! die Ihr gleiche Gesinnungen mit uns theilt, vereinigt Euch mit uns, auf daß Preußen unter seinem konstitutionellen Könige erblühe, erstarke, groß und mächtig, ein Schutz des gesammten Deutschen Volkes.

Zur gemeinsamen Berathung, zum Beschließen, zum thatkräftigen Wirken laden wir ein; wir haben Wronke als Ort der Vereinigung gewählt, und den 6 August Vormittags 10 Uhr als Tag der Zusammenkunft.

Wronke, den 28. Juli 1848.

Der patriotische Verein des Kreises Samter und der Umgegend.

Ahlemann. Mittelstädt. Schlicht. Lamprecht. Bombelon.
Conrad. Sebauer. Scharwenka. Geidner.

Auf den in der Beilage Nr. 147. dieser Zeitung mit Z. unterzeichneten Artikel sehe ich mich, als im Besitz der darauf Bezug habenden Papiere, zu folgender Erwiederung und Berichtigung genöthigt:

Wie wenig es den Vertheidigern polnischer Interessen um die Wahrheit zu thun ist, wenn nur der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann, haben die früheren und die jüngsten politischen Ereignisse vielfach gezeigt; der Oeffentlichkeit verdanken wir jedoch, daß dieser Hang zur Entstellung endlich die gehörige Würdigung erhalten und dadurch die ganze Angelegenheit der Mißachtung anheim gefallen ist.

Auch Sie, Verfasser des beregten Artikels, haben sich um die Wahrheit wenig gekümmert, sondern wie es ihnen gerade paßte, nach Ereignissen gegriffen und die verschiedenartigsten Verhältnisse ohne Gedankenzusammenhang vereinigt, um nur wieder einen Schluß zu Ihrem Vortheile ziehen zu können.

Jener Artikel, auf den Sie sich berufen, enthält gar nichts von der Versammlung „Zwecks-Errichtung der Bürgerwehr", sondern sagt nur, daß der Herr Landrath v. Haza die Niederlegung der Waffen von der Bürgerwehr verlangte. Und können Sie sich von der Richtigkeit dieser Behauptung durch das Schreiben des Herrn Landrath v. Haza vom 21. April an mich, worin dieser Antrag gestellt ist, in dem Bureau der Bürgerwehr überzeugen, und zugleich die Antwort des Herrn kommandirenden General v. Colomb Excellenz, welcher diesen Antrag des Herrn Landraths v. Haza nicht motivirt findet, so wie die Antwort des Vorstandes der Bürgerwehr, auf jenen Entwaffnungsantrag des Herrn v. Haza, einsehen.

Jedoch auch die Versammlung „Zwecksbildung der Bürgerwehr", der Sie

(Mit drei Beilagen)

beigewohnt haben und gerne zu Ihrem Vortheile ausbeuten möchte, widerlegt Ihre Behauptungen.

Als Anwesender hätten Sie aus dem Vortrage des Herrn Landraths von Haza, „daß er sich als Landrath einer Bewaffnung der Bürger mit allen ihm zu Gebote stehenden Mittel entgegensetzen würde", begreifen müssen, daß der Herr v. Haza nicht als Privatmann, sondern als Landrath dieser Versammlung beiwohnte, oder schließen Sie vielleicht aus der Aeußerung des Herrn Landraths, „daß er sich mit dem polnischen National-Comité vorher über die Bewaffnung der Bürger besprochen, und dieses ganz gegen eine solche Bewaffnung sei", schließen Sie vielleicht hieraus, daß der Herr Landrath als Deutscher und Privatmann anwesend war, so wird Ihnen Jeder erwiedern, daß der Herr Landrath als Solcher wohl mit dem polnischen National-Comité verkehren, sich aber nicht über diesen Gegenstand mit dem polnischen National-Comité als Deutscher und Privatmann einlassen konnte.

Was nun die anderen Versammlungen vor den Urwahlen anbetrifft, so ist hier außer Ihnen Niemand bekannt, daß solche bei verrammelten Thüren stattgefunden, wiewohl es durch die Vorgänge in der Provinz rathsam gewesen, die mit Blut befleckte Verbrüderung in dieser Weise auszuschließen.

Auf Ihre Frage nun, „welches Vergehen hat der Herr Landrath v. Haza begangen, daß er die Abberufung als Landrath verdiente?" antwortet Ihnen die öffentliche Meinung des Kreises Samter, gestützt auf die Handlungen des Herrn v. Haza, die in der für die Deutschen so sehr bedrängten Zeit um so schmerzlicher waren.

Nicht nur daß der Herr Landrath v. Haza die Niederlegung der Waffen der Bürgerwehr, wie die angeführten Schriftstücke beweisen, verlangte, sondern auch durch eine andere Vorstellung bei der Oberbehörde beantragte, „daß die bei der Eisenbahn beschäftigten Bürgerwehrmänner, lauter junge rüstige Leute und die einen wesentlichen Theil der Bürgerwehr ausmachten, von der Bürgerwehr ausgeschlossen werden sollten, worauf jedoch Se. Excellenz der kommandirende General v. Colomb sich ganz einverstanden mit der Zusammensetzung der Bürgerwehr erklärte.

Aber auch hiermit waren die Angriffe gegen die Bürgerwehr noch nicht beendet, indem der Herr Landrath v. Haza einem Theile der polnischen Einwohner, trotzdem er der Bildung der Bürgerwehr beigewohnt, dahin Gehör gab, daß die Bürgerwehr mit Vernachläßigung der polnischen Nationalität eine einseitig deutsche sei, und forderte der Herr Landrath zu dem Behufe von mir unterm 22. April die Auslieferung der Verhandlungen und Listen über die Bildung und Bewaffnung der Bürgerwehr.

Auf meine Weigerung erschien der Herr Landrath in Begleitung des Herrn Bürgermeisters in meiner Wohnung und forderte nochmals unter Androhung der bewaffneten Macht die Auslieferung der Original-Akten, um wie er sich äußerte, dieselben den polnischen Beschwerdeführern zu übergeben. Da in den Akten allein der Beweis des Gegentheiles der Beschwerde vorhanden, verweigerte ich auch jetzt noch die Auslieferung mit dem Bemerken, daß der Herr Landrath bei Aufnahme der Akten ja selbst zugegen, ich auch die Einsicht der Akten im Bureau der Bürgerwehr jeden Augenblick gestatten, auch vidimirte Abschrift in der kurzmöglichsten Zeit einreichen wollte.

Eine weitere Beschwerde des Herrn Landraths hierin bei der Oberbehörde ist auch ohne Erfolg geblieben, indem ich vorstellte und durch die Akten bewies, daß die polnischen wie die deutschen Bewohner, ohne Nationalunterschied, zum Eintritt in die Bürgerwehr eingeladen, auch 19 Polen und außerdem 8 bis 9 Katholiken, welche fälschlich Polen genannt werden, sich zur Aufnahme in die Bürgerwehr eigenhändig unterzeichnet, jedoch theilweise durch Vernachläßigen des Bürgerwehrdienstes auf Beschluß des Bürgerwehrvorstandes ausgeschlossen werden mußten.

Alle diese Ereignisse und einzelne Vorgänge, wie Verweigerung der Veröffentlichung eines Aufrufes des kommandirenden Generals von Colomb in einer Volksversammlung durch den Herrn Landrath, so wie die Beschwerde des Herrn Landrathes über die Mitwirkung der Bürgerwehr bei der durch das Militair ausgeführten Verhaftung eines politisch verdächtigen Individuums im Hause des Herrn Landrathes, so wie die Schwierigkeiten, welche dem Deutschen durch die Verwaltung entgegentreten, haben ein nicht zu verkennendes Mißtrauen der Deutschen, nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kreise Samter, gegen den Herrn Landrath von Haza hervorgerufen. Ein Mißtrauen, welches in Wort und Schrift bei der oberen Provinzial-Behörde mehreremals angebracht, jedoch bis jetzt unberücksichtigt geblieben ist, weshalb auch die ganze Hoffnung der Deutschen auf das jetzige Ministerium, welches die Entfernung der dem Wesen der Zeit unzugänglichen Beamten verspricht, gerichtet ist.

Der in Ihrem Artikel ausgesprochene Zweifel, ob die Bürgerwehr überhaupt für die Sicherheit etwas gethan hat, überlasse ich jedem Unbefangenen zu beurtheilen. So viel aber steht fest, daß seit dem Bestehen der von Ihnen benannten deutschen und jüdischen Bürgerwehr, kein Raubgesindel mehr die Stadt betreten, wie es am 23. März hier der Fall war, und daß die Ruhe in der Stadt seit dieser Zeit nicht mehr gestört worden ist, trotzdem die nächste Umgegend von den umherstreichenden bewaffneten Sensenmännern sehr unsicher war und was die Herren Sensenmänner am 9. Mai bewog, $\frac{1}{8}$ Meile vor der Stadt umzukehren, ob es die Bürgerwehr oder sonst ein Unbehagen gewesen, wissen Sie vielleicht besser zu beurtheilen wie ich.

Wie Ihr ganzer Artikel voller Entstellung und Unwahrheit, so ist auch Ihr Austritt aus der hiesigen Schützengilde falsch motivirt, indem Sie eher gezwungen wurden auszutreten, ehe der von Ihnen verhaßte Mitvorstand der Schützengilde sich zum Eintrit gemeldet hatte, was ein Vergleich der darauf Bezug habenden Akten der hiesigen Schützengilde durch Zahlen beweiset.

Ihrem ganzen Wesen getreu schließen Sie Ihren Artikel mit einer schwülstigen Phrase, die mehr einen Krämer als Empfehler seiner Waare, aber nicht einen Vertheidiger der Wahrheit verräth.

Auf die in Ihrem Artikel auf mich Bezug habenden Persönlichkeiten gehe ich weiter nicht ein, da anonyme Angriffe auf meine Person von mir als nicht vorhanden betrachtet werden.

Hipp,
Kommandeur der Bürgerwehr der Kreisstadt Samter.

An den Landrath von Haza!

Auf den mir zugegangenen Bescheid bin ich veranlaßt, Ihnen Herr Landrath öffentlich zu antworten. Damit aber meine Antwort gehörig verstanden werden kann, wiederhole ich den Hergang der Sache.

Die Wronker Bürgerwehr hatte am Pfingstfeste ein Scheiben- und Vogelschießen veranstaltet. Die Musketenschützen hatten sich eine Scheibe gemacht und auf derselben einen Sensenmann abgebildet. Der Gutsverwalter Schmidt in Neudorf hat dies übel gedeutet und Ihnen Herr Landrath noch an demselben Tage einen großen langen Bericht, der von allen Seiten mit Zusätzen und Lügen ausgeschmückt war, durch einen Eilboten zugehen lassen, worauf Sie mit nicht weniger großer Eile sofort mit Verfolgung der Sache den Bürgermeister Volkmann beauftragten und wie ich außerdem erfahren, über das Schießen nach dem Sensenmann höchst entrüstet gewesen sein sollen. Wenn ich nun Ihrem regen Mitgefühl für die Ehre der Sensenmänner alle Gerechtigkeit wiederfahren lassen muß, so dürfte ich meinen Gefühlen für die Preußische Nationalität mit gleichen Rechten Luft machen und war also veranlaßt Ihnen sofort die Anzeige zu machen, daß die Bürgerwehrmänner nicht nur nach dem Sensenmann, sondern auch nach dem Preußischen Adler geschossen hätten.

Die Sache wegen des Adlers schien aber nicht so eilig zu sein, denn erst am 23. v. M. wurde Nachfrage beim hiesigen Bürgermeister gehalten, ob denn wirklich nach dem Preußischen Adler geschossen worden sei. Der Bürgermeister Volkmann hat Ihnen darauf geantwortet, daß zwar nach einem Vogel geschossen worden, daß aber dieser Vogel die Kennzeichen des Preußischen Adlers nicht gehabt hätte.

Hätte Ihnen Herr Landrath aber die Sache so viel am Herzen gelegen, sich selbst herzubemühen und Nachfrage zu halten, so hätte Ihnen die Einwohnerschaft aus Wronke nicht anders sagen können, als daß der Vogel weder eine Krähe, noch ein Wiedehopf, noch ein Zeisig, sondern ein Adler und zwar der, mit den aller Welt bekannten Insignien versehene Preußische Adler war. Daß Sie nun aber eine Unrichtigkeit als Wahrheit anerkennen und die in meiner Anzeige angegebene Wahrheit zur Unwahrheit ohne Weiteres umstempeln, ist mir unerklärlich; — Ihnen Herr Landrath und einem jeden Leser überlasse ich daher zu beurtheilen, wer sich eigentlich dadurch blamirt hat?!

Schließlich erkläre ich Ihnen Herr Landrath von Haza noch ausdrücklich, daß ich wegen des mir gütigst zugestellten Verweises „wegen Unziemlichkeit" Sie gerichtlich verfolgen werde, da ich nicht begreifen kann, was Sie zu so großer Freigebigkeit berechtigt, solche Verweise an Personen auszutheilen, die Ihnen auf keine Weise untergeordnet sind.

Wronke, den 24. Juli 1848.

Der Eisenbahnbeamte Leopold Gibson.

Markt-Bericht.

Berlin, den 28. Juli.

An heutiger Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qual. 46—52; Roggen loco 25—28, 86pfd. $27\frac{1}{2}$ bez., pr. Juli/Aug. 25, Aug./Sept. $25\frac{1}{2}$, Sept./Oct. 26 geschlossen; Hafer loco, nach Qual. 16—18.; — Rapps, W. Rübsen, 69 gefordert; Leinsaat 45 geford; Rüböl loco $11\frac{1}{12}$—11, Juli/August $11\frac{1}{12}$—11, Aug./Sept. $11\frac{1}{12}$—11, Sept./Okt. $11\frac{1}{12}$—11, Oktbr/Novbr. $11\frac{1}{6}$—$11\frac{1}{12}$ bewilligt, Nov./Dec. $11\frac{1}{4}$—$11\frac{1}{8}$, $11\frac{1}{6}$. — Spiritus loco $18\frac{1}{2}$—19 bez., Jul/August $18\frac{1}{4}$, Aug/Sept. mit Faß $18\frac{1}{4}$ bewilligt, Sept/Okt. 18—$17\frac{3}{4}$.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Sommertheater im Odeum.

Sonntag, den 30. Juli. Zum Erstenmale: Doctor und Friseur; Lustspiel in 3 Aufzügen von Kettel. — Hierauf: Das Abentheuer in der polnischen Judenschenke; Lustspiel mit Gesang und Tanz von L. Angely.

Bei E. S. Mittler in Posen ist zu haben: Eisele-Beisele-Galopp von Hamm.

Bei **E. S. Mittler** in Posen ist zu haben:
Zur Geschichte des Aufstandes in der Provinz Posen unter Benutzung der Akten des Königlichen Landraths-Amtes in Obornik und nach eigenen Erlebnissen zusammengetragen und herausgegeben vom Kreis-Bürger-ausschuß in Rogasen. Preis: 6 Sgr.

Die Verhältnisse der Polen im Großherzogthum Posen im Frühjahr 1848. Preis: 5 Sgr.

Bekanntmachung.

Nachdem durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 8. April d. J. (Gesetzsammlung Nro. 14.) das Porto für Papiergeld (Kassen-Anweisungen ꝛc.) und Staatspapiere bei Versendung mit der Post so bedeutend ermäßigt worden, daß solches wenig mehr als das Porto für gewöhnliche Briefe beträgt, ließ sich erwarten, daß die Versendung von Kassen-Anweisungen ohne Deklaration aufhören oder doch sich vermindern würde, weil, wenn Briefe mit nicht deklarirten Kassen-Anweisungen verloren gehen, gesetzlich dafür kein Ersatz gewährt wird. Da diese Erwartung sich nicht bestätigt hat, so machen wir das Publikum auf jene Portoermäßigung aufmerksam, und führen beispielsweise an, daß für

1 Brief von Posen nach Berlin mit 100 Thlr. Kassen-Anweisungen, 1 Loth schwer,
undeklarirt 6 Sgr. — deklarirt 7 Sgr.,
für ein Brief von Posen nach Breslau mit 200 Thlr. Kassen-Anweisungen, 2 Loth schwer,
undeklarirt $6\frac{1}{4}$ — deklarirt $8\frac{1}{4}$ Sgr.,
für ein Brief von Posen nach Stettin mit 500 Thlr. Kassen-Anweisungen über 2—8 Loth schwer,
undeklarirt 9 Sgr. — deklarirt 14 Sgr.

an Porto zu zahlen ist

Posen, den 12. Juli 1848.

Ober-Post-Amt.

Nothwendiger Verkauf.
Land- und Stadtgericht zu Posen.
Erste Abtheilung, den 6ten Juni 1848.

Das Grundstück des Doctor medicinae Ludwig von Gąsiorowski sub Nro. 30 A. St. Martin zu Posen, abgeschätzt auf 16,367 Rthlr. 5 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und

Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 22sten Februar 1849 Vormittags
11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Bekanntmachung.

Behufs Sicherstellung der Lieferung von 24 Klaftern Birken-, 1175 Klaftern Eichen- und 200 Klaftern Kiefern-Kloben-Brennholz für die hiesigen Königlichen Garnison-Anstalten pro 1849 durch Minus-Licitation, wird hiermit Licitations-Termin auf
Donnerstag den 3ten August c. Vormittags 10 Uhr
im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, Schüzzenstraße No. 1., anberaumt, zu welchem die kautionsfähigen Uebernehmungslustigen mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen in dem genannten Lokale zur Einsicht liegen, und im Termin eine Kaution von $\frac{1}{10}$ des Lieferungs-Objekts aufzuweisen ist, die von den zwei Mindestfordernden deponirt wird.

Posen, den 20. Juli 1848.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Pferde-Auktion.

Am 16ten August d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Königlichen Landgestüt zu Zirke mehrere auszurangirende Hengste und Zuchtstuten, Letztere zum Theil mit ihren Säugefüllen, so wie eine Anzahl 3jähriger Hengste und 1- und 2jähriger Hengst- und Stut-Fohlen des dortigen Zuchtgestüts, gegen gleich baare Bezahlung in Preußischem Courant meistbietend verkauft werden.

Die näheren Bedingungen, so wie die zum Verkauf zu stellenden Pferde selbst sind Tages zuvor am Standorte hier zu sehen.

Zirke, den 22. Juli 1848.

Königlich Preuß. Posensches Land-Gestüt.

Höherm Befehle zufolge sollen Montag den 7ten August c. früh 9 Uhr auf dem Wilhelmsplatz hierselbst circa 20 Stück Beute-Pferde gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Weder für innere noch äußere Fehler wird garantirt.

Posen, den 28. Juli 1848.

v. Schimmelfennig, Major im 7. Husaren-Regt.

Bekanntmachung.

An der hiesigen evangelischen Knabenschule ist eine mit 350 Rthlr. Einkommen verbundene Lehrerstelle vakant.

Kandidaten der Theologie oder Philologie, welche zur Uebernahme dieser Stelle geneigt und geeignet sind, fordern wir auf, sich binnen vier Wochen bei uns zu melden und ihre Qualifikation nachzuweisen.

Zu letzterer gehört vorzugsweise gründliche Kenntniß der Mathematik, der lateinischen und französischen Sprache, und, wo möglich die Fähigkeit in der polnischen zu unterrichten, so wie eine genaue Bekanntschaft mit den Naturwissenschaften.

Rawicz, den 20. Juli 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Brennholzbedarfs für die Bureaus der Königl. Regierung, das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, das Schullehrer-Seminar und die Königl. Luisen-Schule, für den Winter 1848/49, im ungefähren Betrage von

200 Klaftern Elsen-
50 " Birken-
50 " Eichen- und
30 " Kiehnen-
} Klobenholz,

soll dem Mindestfordernden überlassen werden, wozu ein Termin auf den 2ten August d. J. im Königl. Regierungs-Gebäude angesetzt worden ist.

Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten jederzeit eingesehen werden.

Posen, den 24. Juli 1848.

Holtzsch, Reg.-Sekr.

Auktion.

Dienstag den 1sten August d. J. Vormittags 9 Uhr soll in dem Hause No. 2. der Lindenstraße 1 Treppe hoch der Nachlaß des Sprachlehrers J. Dauphin, bestehend in Gold und Silber, Kleidungsstücken, Wäsche, Betten, Möbeln, Gläsern 2c., öffentlich verkauft werden.

Ein Handlungsdiener findet ein Unterkommen bei J. Flatau.

Berichtigung.

Der in No. 173. d. Ztg. angekündigte Kursus der Stenographie beginnt den 1sten August, nicht den 1sten Sept.

Schaefer,
geprüfter Lehrer der Stenographie.

Auf Zagórze No. 132 ist das Grundstück nebst Garten von Michaeli d. J. ab. zu vermiethen.

Freundt.

Markt No. 88. sind von Michaeli c. ab große und kleine Wohnungen, so wie auch ein Laden zu vermiethen. Das Nähere daselbst eine Treppe hoch.

Markt No. 85. im Seidemannschen Hause ist der Material-Laden und Wohnung zu vermiethen.

Zu auffallend billigen Preisen.

werden die noch vorhandenen Waaren-Bestände in der unterzeichneten Handlung verkauft.

J. M. R. Witkowski Wwe.,
Markt 43. 1ste Etage.

Markt 67.,

beginnt am 1sten August der Ausverkauf verschiedener Schnittwaaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Durch denselben hat Jeder Gelegenheit, sich sehr wohlfeile, dauerhafte Herbst- und Winter-Kleider und Mäntelzeuge anzuschaffen.

Posen, den 29. Juli 1848.

Wahrnehmen!

Der Ausverkauf im 2ten Lager dauert nur bis Ende der Woche.

Posen, den 30. Juli 1848.

Meyer Falk, Wilhelmsstr. No. 8.

Die ganz besonders schöne Qualität des echten Amerikanischen

Varinas-Canaster

letzter Erndte hat uns veranlaßt, davon eine ungewöhnlich große Parthie in Rollen und Blättern zu beziehen. Da nun nach unserer Erfahrung eine Mischung von Varinas-Blättern und Rollen in richtigem Verhältniß und in gehöriger Auswahl den besten Rauchtaback giebt, so haben wir in dieser Art zwei neue Sorten unter der Benennung

Varinas naturel No. 1. à 12 Sgr. } das
Varinas naturel No. 2. à 10 Sgr. } Pfund

angefertigt, welche wir allen Kennern und Liebhabern einer leicht schmeckenden und vortrefflich riechenden Pfeife Taback besonders empfehlen können.

Wir haben hiervon für Posen den Herren

Gebrüder Friedländer,
Markt unterm Rathhause No. 4. und Breslauerstraße No. 30.

die Haupt-Niederlage ertheilt, und sind dieselben in den Stand gesetzt, Wiederverkäufern einen angemessenen Rabatt zu bewilligen.

Berlin, im Juli 1848.

Carl Heinrich Ulrici & Comp.,
Tabacksfabrikanten.

☞ Aechte Brüsseler Schleier, auch Wiener Handschuhe ☜ bester Qualität, offerirt billig die Handlung Markt No. 62.

Posen, Alten Markt No. 72.

in dem Vincent Kolskischen Hause, empfehle ich mein so eben gut abgerichtetes Billard, mit den feinsten Liqueuren, Baierschem, Grätzer und Posener Bier, kalten und warmen Frühstücken, so wie eben so gut eingerichtete Schänke mit den besten Getränken und Faßbier bei möglichst billigen Preisen und der promptesten Bedienung zur hohen und geneigten Berücksichtigung ganz ergebenst.

C. Schubert.

Ein vollständiges Billard nebst Zubehör ist billig zu verkaufen. Kaufslustige werden ersucht, sich Mittwoch den 2ten August um 9 Uhr Vormittags im Offizier-Speisesaal des Wilda-Forts einzufinden.

Sonntag den 30sten Juli Nachm. 5 Uhr:
Konzert im Garten der Bürger-Harmonie, wozu die geehrten Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Sonntag den 30sten Juli:

Großes Garten-Konzert
in Urbanowo.

Entree à Person 1 Sgr. 6 Pf. Kinder frei.
Anfang 4 Uhr.

Städtchen.

Heute Sonntag den 30sten Juli: Großes Konzert, ausgeführt von Hautboisten des Leib-Infant.-Regts. Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr. Familien von 1 Herrn und 2 Damen 5 Sgr. Anfang $5\frac{1}{2}$ Uhr. Es ladet dazu ergebenst ein

Kufus.

Morgen Montag den 31. Juli:

Gung'lsches Konzert
im Hildebrandtschen Garten.

Anfrage.

Würde der Herr Rechnungsführer P. P. darüber wohl öffentlich Auskunft geben, warum er beim Vergeben der Transportstücke seines Regiments keinen Andern berücksichtigt, als den von ihm seit Jahren Beschäftigten, trotzdem daß Andere ihm billigere Offerten gemacht haben und dem Regiment mindestens dieselbe Garantie bieten als der Freund des Herrn Rechnungsführers?

Berliner Börse.

Den 28. Juli 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$73\frac{1}{2}$	73
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$70\frac{3}{4}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	77	—
Grossh. Posener "	4	—	91
" "	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{2}$	—
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	—
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	—
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{4}$
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	82	81
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	$86\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	$82\frac{1}{4}$	$81\frac{3}{4}$
Berlin-Hamburger	4	61	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{4}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	—
" " Prior. A. B.	4	—	$74\frac{1}{4}$
" " "	5	—	$81\frac{1}{4}$
Berlin-Stettiner	—	$85\frac{1}{2}$	$84\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$73\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	87
Magdeburg-Halberstädter	4	92	91
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$67\frac{1}{4}$	—
" Prioritäts-	4	—	$81\frac{3}{4}$
" "	5	$93\frac{1}{4}$	—
" " III. Serie	5	—	88
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	84	83
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$
Rheinische	—	$53\frac{1}{2}$	—
" Stamm-Prioritäts-	4	$68\frac{1}{4}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	$50\frac{1}{4}$	—
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	61	—

⊙ Frankfurt den 26. Juli. Die 48ste Sitzung der National-Versammlung wird um 9 Uhr eröffnet.

Es werden drei neue Amendements verlesen, hierauf hat Herr Ruge das Wort.

Meine Herren! Ich werde es unternehmen Ihnen noch einmal den Frieden zu predigen. Das Erste was Sie anzuerkennen haben, ist der Ausspruch unserer Nation, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht sei. Dies ist unumstößlich wahr. Weil die Entwickelung einer Nation unterbrochen wurde, welche auf dem Wege zur Republik, und also auf der Entwickelungsstufe einer humanen Staatsform war.

Die Despoten haben dieselbe unterdrückt im russischen, im österreichischen Polen. Im preußischen Polen ist es dieser Nation besser gegangen, das gereicht Preußen zur Ehre; aber gerade deshalb muß auch hier die wirkliche Freiheit Polens gegründet werden. Hierauf spricht der Redner des Breitesten von der Propaganda, der Freiheit — speziell auch der christlichen Propaganda.

Die Polen dürfen nicht, sie können nicht unterdrückt werden. Der Pole, der von dieser Tribüne zu Ihnen mit der Ueberzeugung der Wahrheit gesprochen, hat mit Recht gesagt, die Polen sind verschluckt worden, aber sie werden nicht verdaut werden!

Die Polen sind zerstreut, aber dabei unter die freien Völker geworfen worden, sie haben sich mit dem Geiste der Freiheit durchdrungen, daher sind sie die Vorkämpfer auf den Barrikaden — und dies gereicht ihnen zum Ruhm, nicht zur Schmach!

Die Rede von gestern, welche die badischen Deputirten — die gewandtesten Parlamentsredner übertrifft — wird Ihnen ein Beweis sein, daß die Polen politisch reif sind. — Ja! die Slaven sind fähig unter die gebildeten Völker einzutreten. Sie sind durchdrungen von der Intelligenz — und sie sind die Apostel derselben selbst unter der russischen Armee gewesen!

Daher werden sie in der Geschichte geehrt werden, sie sind ein nothwendiges Glied in der Entwickelung der Freiheit. Sie haben auf den Barrikaden gewirkt, sie haben hier unter Ihnen gewirkt durch Reden.

Ich verlange im Namen der Humanität, der Gerechtigkeit, der Ehre der deutschen Nation die Herstellung Polens. Das Vorparlament hat uns diese Mission übertragen. Ich verlange, daß Sie diese Mission aufnehmen. Das Vorparlament ist unsere legale Vorbehörde. Es ist an der Ehre Deutschlands, daß es durch Polen die Freiheit nach Osten propagire; daher Freiheit nach Polen! Freiheit nach Italien!

Wir werden zu Grunde gehen, wenn wir diese unsere Ehre nicht aufrecht erhalten. Darin liegt das historische Recht — von dem so oft gesprochen wird. Das historische Recht der Revolution von 1848, das sollen die Männer, die die Principien desselben nicht verstehen, auch nicht verrathen dürfen, wir können's nicht zugeben!

Nicht die deutsche Nation soll die Schmach auf sich laden, die Theilung Polens wieder aufgenommen zu haben.

Wir haben ein neues Völkerrecht zu gründen. Mit ihm ist Polen zu reconstituiren. Völker müssen wie Menschen emancipirt werden — so die Polen, welche der Despotismus unterjocht hat.

Das intelligente Volk der Deutschen muß die Unterjochung Polens aufheben, und sagen wie die alten Römer: „ich will daß dieser Mensch frei sei!"

Es ist dies nothwendig, es ist Pflicht, es ist möglich und zwar durch Verträge.

Ich bin der Meinung, daß man die Reconstituirung Europas fortsetzen muß, so lange es darin noch eine Tyrannei giebt Wir werden dazu gezwungen werden — nicht durch Frankreich! sondern vom neuen Völkerrecht — dieses ist das eigentliche historische Recht. Der Redner stellt schließlich den Antrag: die National-Versammlung möge keinen Theil das Großherzogthum Posen in den deutschen Bund aufnehmen und die Abgeordneten Posens definitiv nicht zulassen. Dagegen einen Völkerkongreß berufen um die Herstellung Polens zu beschließen. Dies ist der einzig mögliche richtige Antrag. Sie können anders handeln aber deshalb bleibt dieser Antrag doch der richtige. Wir dürfen keine Hand anlegen an Polen. Posen muß in dem Verhältniß bleiben in dem es war, wenn dies Verhältniß auch ein Mißverhältniß ist, das die falschen Begriffe des alten Völkerrechts schufen.

Die Posensche Frage ist eine polnische und deshalb eine europäische.

Nachdem wir Frankreichs Hand angenommen, ist die Lösung dieser Frage möglich. Bei dieser Gelegenheit interpretirt der Redner die Wiener Verträge nach dem neuen Völkerrecht. Er schließt, daß wenn wir den Muth haben, wir die Wiener Verträge wirklich erfüllen würden und unsere Namen unsterblich sein würden in der Geschichte.

So wird auch Italien frei werden durch uns!

(Tumult und Widerspruch.)

Wenn Sie nicht begreifen, daß dies zur Sache gehört, so ist das Ihre Sache. Die Freiheit Italiens muß kommen nach dem neuesten Völkerrecht. Die Oesterreicher müssen geschlagen, müssen besiegt werden. — Ungeheurer Tumult in der Versammlung, der Redner soll heraus.

(Die österreichischen Deputirten entwickeln eine ungeheure Energie bei diesen Stürmen. Die Tribünen unterstützen sie.)

Präsident: Ich werde den Redner nicht zur Ordnung rufen, wenn ich auch der Ansicht bin, daß seine Worte ein halber Verrath seien, — denn ich muß ihm seine Weltanschauung lassen.

Ruge fährt fort. (Neuer Tumult.)

v. Gagern: Wenn ich eine unrichtige Meinung ausgesprochen (Nein! Nein!) Nun dann hören Sie den Redner, Sie kennen ja seine Anschauungen.

Ruge. Zu meiner Weltanschauung gehört auch, daß ich die Polen frei haben will; daß ich die Polen vertheidige. — Der Redner kommt wieder auf Italien (neuer Tumult der Oesterreicher.)

Ruf zum Schluß. — Ich schließe nicht eher, als bis ich Sie einigermaßen von meinem neuen Völkerrecht überzeugt habe. (Ungeheures Gelächter).

Ich will mein Vaterland, und sei es auch nur um einige Minuten, zurückhalten von dem Unglück, welches es auf sich laden wird.

Die politische That Deutschlands durch die Theilung Posens geschieht im Sinne Rußlands, weil wir dadurch den Haß der Polen und Franzosen auf uns laden. Wir verlieren die Sympathien der freien Völker überhaupt, denn wir treten auf die Seite der Reaktion. Die Folgen würden in materieller Hinsicht ungeheuer sein, ein allgemeiner Bankerott würde eintreten.

Umgekehrt wird es sein, wenn wir thun, was Frankreich, was England und unser Vorparlament will, nehmlich die Anbahnung des freien Polens.

Ich trage daher nochmals auf den status quo in Posen an, damit die deutsche Nation die polnische Nation nicht antaste. Ich trage ferner auf einen europäischen Congreß an! Ich bitte, Sie weisen ihn nicht zurück diesen Antrag!

Loew aus Posen spricht seine Entrüstung gegen die Gesinnung des vorigen Redners aus und wendet sich dann zur Betrachtung des letzten Promemorias, beleuchtet die Persönlichkeiten der Unterzeichner und liest einen Brief des Landboten Ledochowski vor, um nachzuweisen, daß die Polen allerdings gegen Preußen sich erhoben. Dasselbe ergebe sich auch aus einem Briefe des Dr. Niegolewski an einen Abgeordneten. Hiernach sei die Darstellung des Hrn. Janiszewski in dieser Beziehung unwahr. In der Folge weist er eine große Anzahl von Unrichtigkeiten in diesem Promemoria und in der Rede Janiszewski's nach, welche durchaus nur eine Ausführung des Promemorias war. Die angeführten Thatsachen machen großen Eindruck. Der Redner verbreitet sich ferner über die preußische Verwaltungsweise der Provinz bis 1831 und nach dieser Zeit. Hierbei beleuchtet er das verschriene Flottwellsche System und das nach 1840 befolgte mit vielem Beifall. Er weist ferner hin auf den Aufstand des Jahres 1846. Das Läugnungssystem in Berlin, bezeichnet das Promemoria als ein Analogon desselben, und entwickelt hierauf den Verlauf der letzten Erhebung, die Entstehung der Abgrenzungslinie, ihre Veränderungen und die genauen statistischen Nachrichten. Er schließt mit den Worten: meine Herren, ich appellire an Ihre patriotische Gesinnung; Sie werden uns nicht vor die Thüre setzen. Sie werden uns nicht ausschließen, denn wir gehören zu Ihnen! (Beifall) die Rede dauerte $1\frac{1}{2}$ Stunde.

Wiesner aus Wien spricht mit großem Pathos dagegen, erfreut sich aber Anfangs nicht der allgemeinen Aufmerksamkeit. Er stellt dar, wie Preußens Macht so trefflich sei, daß die deutschen Brüder in Posen nicht nur vollkommen geschützt, sondern auch zum Reichthum und zur Herrschaft gelangt seien. Sie würden immer sicher bleiben, und es bedürfe deshalb nicht des Verbrechens der neuen Theilung Polens, welches dem deutschen Volke zugemuthet wird. Er fordere nur, man möge kein neues Unrecht in Posen begehen, sondern die Sache beim Alten lassen. — Dann verbreitet er sich über die böhmischen und ungarischen Verhältnisse, spricht der slavischen Bewegung eine ungeheure Kraft zu und fordert die Versammlung auf, das Slaventhum durch eine Theilung Posens nicht aufs Neue herauszufordern. Wir Deutsche brächten uns mindestens um alle Sympathien unter den Slaven.

Die polnischen Edelleute sind ihm viel lieber, als manche deutsche, die überall zu finden sind, wo es gilt, die Freiheit zu knechten.

Er schließt mit Hinweisung auf das „Blümchen" der deutschen Treue, welche wir den Polen halten werden.

v. Sänger stellt sich auf den Standpunkt des Staatsrechts. Deutschland befinde sich in vollständig rechtlichem Besitz Posens, welches Preußen im Jahre 1815 nur mit Widerstreben als Entschädigung zum Theil für ihm erblich eigenthümliche Lande erhalten und schon damals in den deutschen Bund habe aufnehmen lassen wollen. Es sei daran, wie an der Einverleibung der Provinz Preußen, nur durch die Metternichsche Politik gehindert worden, welche Preußens Uebermacht beim Bunde fürchtete. Es geht der Redner sodann auf die Widerlegung Janiszewski's, Ruge's und Wiesners über und thut dar, daß die höchste Instanz zur Wahrung deutscher Ehre nicht das Vorparlament, sondern die Nationalversammlung sei, und daß in der Paulskirche kein Beschluß zu fürchten sei, der jene Ehre verletzen könnte. Er schildert hierauf die deutsche Bewegung in Posen und ihr Verhältniß zu der im großen Gesammtvaterlande, bespricht dabei auch die Bevölkerungs-Verhältnisse und schließt mit der Bitte, daß die hohe Versammlung bei dieser rein politischen Frage sich nicht auf eine ideale Höhe stellen, sondern die realen Zustände erwägen möge.

Präsident verliest hierauf ein Schreiben des Dr. Niegolewski gegen die Aussage Loew's aus Posen, welches dieses als unrichtig bezeichnet. Abgeordneter Stedman klärt die Sache auf, indem er das Schreiben, welches

von Niegolewski dem Vater herrührt, zur Disposition stellt; die Loewsche Erklärung dem Inhalte nach bestätigt.

Herr Thinnes (Dom-Capitular aus Baiern) erkennt an, daß die katholische Geistlichkeit sich vielmehr zwischen die Kämpfenden hätte werfen als sich an die Spitze der durch sie Aufgerufenen hätte stellen sollen. Er erwähnt dabei des Beispieles in Paris. Sein Antrag geht darauf hin, das Großherzogthum als Ganzes in eine Realunion mit Deutschland zu bringen, eventuell ganz Polen in Deutschland einzuverleiben.

Ghiskra aus Wien. Dieser Redner reißt die ganze Versammlung durch seine lebendige und frische Vorhaltungen hin; stimmt mit dem Commissionsbericht und verlangt nur einen Zusatz zu 2., nach welchem die Centralgewalt bei der definitiven Feststellung der Reichsgrenze in Posen mitwirken soll.

Venedey. Es sei bisher nicht eine Thatsache vorgebracht worden. Nicht der 50ger Ausschuß, sondern der Bundestag habe die Frage zugemacht. Er hält die Barrikaden im Allgemeinen nicht für Recht, aber wenn Deutschland in dem Zustande wäre, wie Polen, ruft er aus, ich würde auf jeder Barrikade stehen!

Ich habe die Thatsachen der letzten Zeit untersucht und andere Resultate als die hier vorgebrachten gefunden. Er stellt den Verlauf der polnischen Erhebung im Sinne der Brodowski-Potworowski-Kraszewskischen Schrift dar. Wirft der Preußischen Regierung eine zweischneidige Politik vor, welche den Kampf heraufbeschworen. (Verlesung des Ministerialrescript vom 26. März.) Er wirft ferner der deutschen Bevölkerung in Posen ebenfalls Unentschiedenheit und Zweideutigkeit vor und schildert in diesem Sinne den Verlauf. Die Posener Deutschen sind demnach mit schuld an den Mißverhältnissen. Der Redner trägt Stellen aus der Willisenschen Broschüre vor und unterstützt sie durch Personalnachrichten über Willisen; auch theilt er dessen Ansicht, die Festung Posen sei ein strategischer Fehler. In diesen Mittheilungen fährt der Redner noch aus anderen Schriften fort. Es wird wegen der Breite der Mittheilungen häufig zum Schluß gerufen. Der Vortrag selbst verliert dadurch an Interesse. Der Redner entschuldigt sich deshalb mehrfach mit der Versicherung, daß er selbst lieber spreche als vorlese. Die Thatsachen erforderten aber Letzteres.

Im weiteren Verlaufe stellte Venedey das wachsende Begehren der Deutschen nach polnischem Lande dar, welches sich in den auf einander folgenden immer größeren Forderungen der Einverleibung deutlich ausspreche.

Die neue Politik Deutschlands entscheide sich bei der Posener Frage. Beleuchtung der französischen und russischen Zustände. Wollen wir ein eroberndes Volk sein oder nicht? Das ist die große Frage, deren Beantwortung nicht mehr die Fürsten zu verantworten haben werden!

Die Posener Sache hat die Reaction hervorgerufen. Wie in Posen die polnische, so ist anderwärts (Preußen) die deutsche Kokarde beschimpft worden. Ich fürchte, Sie nicht ganz überzeugt zu haben, meine Herren! Ich bitte, berücksichtigen Sie die Thatsachen!

Viebig aus Posen. Herr Venedey hat früher speziell gegen den Anschluß der Stadt Posen protestirt, und meine Ausschließung besonders beantragt. Ich werde nur ganz kurz und nur mit Dokumenten sprechen. Ich hoffe, diese werden die Taktik unserer Gegner aufdecken. (Tiefe Stille.) Der Redner verliest eine notarielle Urkunde, aus welcher sich die Fälschung der Unterschriften des v. Venedey überreichten Protestes der Posener Deutschen ergiebt, (Sensation) ihm folgt eine ganze Reihe ähnlicher Dokumente, deren Verlesung einen großen Eindruck hervorruft. (Die Abgeordneten gruppiren sich um die Tribüne.) Meine Herren! mit solchen Waffen hat man gegen uns gekämpft! Ja von dieser Tribüne hat Ihnen Herr Janiszewski Unwahrheiten gesagt. Ich werde es beweisen: Er hat gesagt, seine sämmtlichen Wähler hätten ihn hierher geschickt, um gegen den Anschuß an Deutschland zu protestiren! Meine Herren, ich selbst habe einen Protest seiner Wahlmänner gegen den Herrn Janiszewski eingereicht, andere liegen vor, der Legitimations-Ausschuß mag es bescheinigen! Von den Wählern des Kreises Buk und Samter aber sind Petitionen mit Tausenden von Unterschriften um Anschluß nach Berlin gegangen, sie sind in den 24 Vol. Anschluß-Petitionen enthalten, welche dem völkerrechtlichen Ausschuß vorliegen. Daraus ergiebt sich, daß nicht sämmtliche — bei weitem nicht sämmtliche Wähler protestirt haben. Der Redner giebt dann die amtliche Uebersicht des Bevölkerungszustandes sämmtlicher Kreise unerhalb der Abgrenzungslinie, namentlich auch von Buk und Samter an. Was ferner den Kampf anbetrifft, den Herr Janiszewski mit sich gekämpft haben will, als er hierher ging, so kann ich ihn wohl begreifen. Denn mir will nicht recht einleuchten, wie er es verantworten kann, aus dem Slawen-Kongreß zu Prag seinen Sitz hier unter uns in die deutsche National-Versammlung verlegt zu haben! — Ich will keine weitere Darstellung unserer Zustände Ihnen geben, meine Herren, Sie haben sie von allen Seiten schildern hören, ich schließe. Wenn Herr Janiszewski Ihnen hier gesagt hat, daß Deutschland die Polen, die es verschluckt, nicht verdauen wird, so sage ich Ihnen — der polnische Adel soll und wird uns auch nicht verdauen, weil es ihm nicht gelingen wird, uns zu verschlucken. (Beifall.)

Herr Janiszewski hat das Wort wegen persönlichen Angriffs. Meine Herren! Meine Herren! Man hat mich der Unwahrheiten hier bezüchtigt; ich muß entgegnen: Den 1. Punkt anbetreffend, ich hätte von sämmtlichen Wählern gesprochen, die durch mich protestirten, so engegne ich: ich habe das Wort sämmtlich nicht gebraucht. Ich habe nur gesagt meine Wähler. Ich will übrigens vorlesen, was mir für ein Mandat zugeschickt war. (Er verliest ein Schreiben und legt es aufs Büreau nieder. Wenn 2. gesagt wurde, ich wäre ein Deputirter gewesen in Prag, so lehne ich das ab. Ich bin in Prag gewesen und werde schriftlich dem Präsidio meine Gründe angeben, die mich dorthin geführt, weil ich mich hier darüber nicht zu rechtfertigen brauche. Und wäre ich auch wirklich dagewesen, so hätten die Polen doch dadurch keine Sünde begangen.

Meine Herren! wenn ich wüßte, daß ich die verlorenen Söhne meines Volkes zurückzuführen und ihnen einen Wirkungskreis in ihrer Heimath zu geben vermöchte, ich würde nicht nur nach Prag, sondern ans Ende der Welt für sie reisen! (Beifall von vielen Seiten.)

Präsident. Mehr als 20 Mitglieder haben den Antrag auf Schluß der Verhandlung gestellt, doch haben sich noch mehrere Redner in persönlichen Angelegenheiten gemeldet. Wir können heut nicht zur Abstimmung schreiten. Ich schlage vor morgen noch 2 Redner von jeder Seite zu hören und dann die Verhandlung zu schließen. (Nein! nein! ja! ja!)

Fragstellung: Ob die National-Versammlung die Verhandlung über die Frage für erschöpft halte?

Die Majorität stimmt für den Schluß.

Plathner beantragt die namentliche Abstimmung vorläufig für alle Fragen.

Blum beantragt die namentliche Abstimmung auf die Frage ob die Sachlage näher untersucht werden solle.

Schluß der Sitzung $3\frac{1}{2}$ Uhr. Dr. R. H.